V0617/24

Flexible Trainingsgruppe an der Grundschule Auf der Schanz in Ingolstadt
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Die mit Beschluss V0414/07 vom 16.08.2007 eingerichtete Stütz- und Förderklasse für bis zu acht Kinder im Grundschulalter wird zum Schuljahr 2024/25 umbenannt in Flexible Trainingsgruppe (FTG).
2. Die Trägerschaft seitens der Jugendhilfe wird weiterhin auf das Pädagogische Zentrum Förderkreis + Haus Miteinander gGmbH, Harderstraße 35, 85049 Ingolstadt übertragen. Die Flexible Trainingsgruppe wird in Kooperation mit der Grundschule Auf der Schanz nach den Vorgaben der Regierung von Oberbayern für das Projekt der Flexiblen Trainingsgruppe durchgeführt.
Grundlage für die Durchführung ist die vereinbarte Konzeption vom Juli 2024 zwischen den Kooperationspartnern Amt für Jugend und Familie, dem Staatlichen Schulamt, der Grundschule Auf der Schanz und dem Pädagogischen Zentrum Förderkreis + Haus Miteinander.
3. Das Pädagogische Zentrum Förderkreis + Haus Miteinander erhält für die Durchführung der Flexiblen Trainingsgruppe einen Pauschalbetrag von derzeit 264.000,00 EUR pro Schuljahr. Der Pauschalbetrag orientiert sich an den Sach-, Personal- und Verwaltungskosten für die Durchführung eines teilstationären Gruppenangebotes.
Der Zugang zur Flexiblen Trainingsgruppe ergibt sich gemäß § 13 Abs 1. SGB VIII

Jugendhilfeausschuss	26.09.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	15.10.2024	Vorberatung
Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung

Jugendhilfeausschuss vom 26.09.2024

Herr Betz berichtet, dass man eine Projektphase zusammen mit dem staatlichen Schulamt und dem pädagogischen Zentrum durchgeführt habe und diese nun umsetzen wolle. Das Ziel dieser Maßnahme sei, den gesamten Ablauf für die Eltern und für die Kinder zu vereinfachen. Künftig müssen die Eltern keine Anträge mehr im Jugendamt stellen und auch kein Gutachten nach §35a SGBVIII vorlegen. Die Schule entscheidet und beteiligt das Jugendamt. Aktuell habe man sechs Kinder in der flexiblen Trainingsgruppe. Die Kosten, die in der Vorlage aufgelistet werden, habe man auch vorher schon bezahlt, allerdings auf einer anderen Haushaltsstelle. Weiter führt er aus, dass es auf den ersten Blick nach einer teuren Maßnahme aussehen könne. Er möchte aber darauf hinweisen, dass man in Ingolstadt keine

E-Schule habe und wenn man Kinder stationär in der Jugendhilfe unterbringen müsse, könne man, unter Berücksichtigung der wechselnden Tagessätze, mit ca. 60.000 bis 70.000 Euro jährlich pro Kind rechnen.

Frau Bürgermeisterin Kleine interessiert, wieso in der Vorlage genannt wird, dass in Ingolstadt weiterhin keine E-Beschulung möglich sei.

Herr Betz gibt an, dass ihm der genaue Grund, weshalb es in Ingolstadt keine E-Schule gibt, auch nicht bekannt sei. Die nächstgelegene E-Schule sei in Marienstein im Landkreis Eichstätt.

Frau Bürgermeisterin Kleine erkundigt sich, was die Bezeichnung E-Schule bedeute.

Herr Betz erklärt, dass es sich hierbei um Schulen mit dem Förderschwerpunkt emotionale Entwicklung handle.

Herr Stadtrat Dr. Schickel hält die Maßnahme für großartig und sie stelle nach Rücksprache mit vielen Grundschullehrkräften auch eine enorme Erleichterung dar. Für viele Grundschulklassen seien diese Kinder eine große Belastung und wenn man sie auf diese niederschwellige Art und Weise mit der Perspektive auf Wiedereingliederung ins Schulsystem auffangen könne, stelle das eine unglaubliche Hilfe für alle Beteiligten dar.

Frau Stadträtin Segerer interessiert, ob es oft vorkäme, dass die Eltern die Maßnahme abbrechen und die Kinder dann ohne weitere Betreuung zurück in die Grundschulklassen müssen.

Herr Betz gibt an, dass ihm kein Fall bekannt sei. Er erklärt weiter, dass man sich mittlerweile auch schon im Kita-Bereich an die Systeme wenden könne, wenn sich abzeichne, dass eine Regelbeschulung schwierig werde.

Herr Stadtrat Niedermeier ist neugierig, ob man schon Erfolgsmeldungen bezüglich des genannten Ziels der Reintegration in die Regelschule erhalten habe.

Herr Betz führt aus, dass man dieses Projekt auch schon an der August-Horch-Schule durchgeführt habe und dies zu Hemmnissen bei den Eltern geführt habe. Bei diesem Modell sei nun der große Vorteil, dass es an der Grundschule auf der Schanz angegliedert sei und dort dann auch der Regelschulbetrieb aktiv eingeübt werden könne, bevor ein Kind wieder zurück auf die ursprüngliche Sprengelschule gehe.

Herr Stadtrat Werner schließt sich dem Lob von Herrn Stadtrat Dr. Schickel an. Gleichzeitig halte er es für schwierig, im Bereich von Kindern, selbst wenn sie einen hohen Förderbedarf haben, von Belastungen zu sprechen.

Frau Bürgermeisterin Kleine nimmt Bezug auf die Wortmeldung von Herrn Stadtrat Werner. Man könne schon in den ersten zwei bis drei Schulwochen feststellen, welche Dynamik eine Schulklasse habe. Ihr sei auch bekannt, dass bereits jetzt erste Gespräche mit den Lehrkräften stattfinden, weil diese mit verhaltensauffälligen Kindern nicht zurechtkommen. Dies stelle ohne Zweifel eine belastende Situation dar, die auch die Lehrkräfte an ihre Grenzen bringe. Man habe im letzten Jahr in einem großen Arbeitskreis versucht auf diese Form der Belastung, die auch die Eltern, die Kinder und die Schulleitung betreffe, zu reagieren. Das Hauptthema war hierbei der Übergang von der Kita in die Schule mit dem Schwerpunkt Schule. Es sei auch ein Anliegen gewesen, dass von Seiten des Schulamtes ein Förderbedarf festgestellt werde und man gemeinsam mit den Lehrkräften Lösungen finde. Es gäbe jetzt eine schnelle Erhebung in Zusammenarbeit mit der Universität Eichstätt um festzustellen, wie viele Kinder einen Förderbedarf haben. Anschließend könne man schauen, wie die verschiedenen Systeme unterstützend wirken können. Frau Bürgermeisterin Kleine erkundigt sich bei Frau Schirmel, ob sie die Fachbeauftragte in diesem Bereich aus dem staatlichen Schulamt sei.

Frau Schirmel erklärt, dass Frau Bürkl die Fachbeauftragte sei.

Herr Stadtrat Werner fragt sich, ob es für die Lehrkräfte in der Trainingsklasse keine Belastung darstelle. Ihm komme es hier auf den Begriff an, da er sich gegen

Stigmatisierungen wehre. Ihm sei klar, dass hier ein besonderer Förderbedarf vorliege, man müsse aber vorsichtig sein, im Bereich der Kinder von Belastungen zu sprechen.

Frau Bürgermeisterin Kleine möchte hierzu ausführen, dass Kinder mit einem erhöhten Förderbedarf in einer Regelklasse zu einer belastenden Situation führen. Sie kritisiert, dass die Routinen, die man in den Schulen habe, für diese Situationen nicht gut vorbereitet seien. Die Trainingsklassen seien nun ein Instrument um darauf zu reagieren. Man habe auch versucht im Bereich der Schulbegleitung eine Poollösung zu finden, um mehr Schulbegleitungen in den Klassen zu haben. Diese könnten dann insgesamt auf mehrere Kinder wirken. Sie sei froh, dass man hier mit dem staatlichen Schulamt zusammenarbeite und auch die Not der Lehrkräfte sehe.

Herr Stadtrat Niedermeier bedankt sich bei Frau Bürgermeisterin Kleine für ihren Einsatz für die Lehrkräfte. Er berichtet, dass er früher selbst als Lehrer tätig war und in dieser Zeit ähnliche Erfahrungen gemacht habe. Auch er habe erlebt, dass es in jeder Klasse einzelne Kinder gab, die den Unterricht permanent gestört haben. Auf solche Situationen sei man während des Studiums allerdings nicht vorbereitet worden. Es sei auch damals eine große Herausforderung gewesen, allen Kindern gerecht zu werden und er erinnere sich, dass er auf dem Gang weinende Lehrkräfte getroffen habe, die mit dieser Situation überfordert waren.

Frau Bürgermeisterin Kleine lenkt das Augenmerk wieder auf das Ziel, dass an Grundschulen Inklusion gelebt und unterrichtet wird. Sie richtet ihren Dank an das Jugendamt, das hierfür ein Portfolio an Maßnahmen ausgearbeitet hat. Gleichzeitig merkt sie an, dass man viel mehr Leute benötige, um den Forderungen der Eltern nach Unterstützung gerecht zu werden.

Herr Grandmontagne möchte abschließend noch mit einem kleinen linguistischen Exkurs darstellen, dass es sich bei der Diskussion um den Begriff Belastung um ein Dilemma handle, das man immer habe. Einerseits müsse man vorsichtig mit der Sprache sein, um nicht Begriffe zu verwenden, die der Sache oder der Person nicht gerecht werden. Andererseits sei es oft nicht hilfreich, Herausforderungen die bestehen, sprachlich unerwähnt zu lassen. Das Wort Belastung an sich bedeute nicht, dass das Kind belastend sei, sondern dass Situationen gegeben sind, die, wenn man sie erkennt, auch die Möglichkeit schaffen, durch die sprachliche Erfassung den Lehrkräften und den Eltern Hilfe angedeihen zu lassen. Ohne die verbale Identifikation der Belastung käme die Lehrkraft sprachlich nicht in die Unterstützungsposition. Dieses Dilemma habe man auch oft, wenn es um die Differenzierung von Gruppen gehe. Man müsse keine Eigenzweckdiskussion daraus machen. Er halte den Begriff Belastung hier für hilfreich, weil man zeige, dass die Lehrkräfte Unterstützung brauchen, weil eine außerordentliche Belastungssituation vorliege.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.